

LAGERGEMEINSCHAFT AUSCHWITZ – FREUNDESKREIS DER AUSCHWITZER E.V.



Lagergemeinschaft Auschwitz - Freundeskreis der Auschwitzer e.V.
Freiherr-vom-Stein-Straße 27 · 35516 Münzenberg

**An den Vorstand der
Deutschen Bahn AG
Potsdamer Platz 2
10785 Berlin**

26. März 2008

nachrichtlich
an das Bundesverkehrsministerium

Sehr geehrter Herr Dr. Mehdorn,
sehr geehrte Damen und Herren des Vorstands der Deutschen Bahn AG,

mit großer Fassungslosigkeit beobachten wir, dass der Vorstand der Deutschen Bahn sich weiterhin weigert, der Initiative „Zug der Erinnerung“ die Trassen- und Stationsgebühren zu erlassen.

Die Lagergemeinschaft Auschwitz – Freundeskreis der Auschwitzer fordert Sie, Herr Mehdorn und den gesamten Vorstand der Bahn auf, dem Vorschlag der verkehrspolitischen Sprecher und Sprecherinnen der Bundestagsfraktionen zu folgen und dafür zu sorgen dass der Initiative „Zug der Erinnerung“ die Trassen- und Stationsgebühren erlassen bzw. als Spende erstattet werden. Sie sollten sich bewusst sein, dass Ihr Verhalten von den NS-Opfern sowie deren Angehörigen und Nachkommen als neuerliche Demütigung, Erniedrigung und Verhöhnung ihres Schicksals aufgefasst wird.

Uneinsichtig stellen Sie sich gegen die vielfach und quer durch die politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen geäußerte Kritik, dass sich die Bahn AG respekt- und würdelos ihrer historischen und gesellschaftlichen Verantwortung entzieht.

Unbestritten ist, dass während der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft auf dem Schienennetz der Reichsbahn und mit deren Waggons die Opfer des Holocausts nach Auschwitz und in andere Vernichtungslager transportiert wurden. Zum Gedenken an diese NS-Opfer werden in der Ausstellung in den Eisenbahnwagen des „Zuges der Erinnerung“ beispielhafte Einzelschicksale dokumentiert. Bereits mehr als 100.000 Besucher – insbesondere Schulklassen und Jugendgruppen – haben diese Ausstellung besucht.

Als vorbildliches „historisch-pädagogisches Projekt“ wurde die Initiative unter anderem in einem gemeinsamen Schreiben der verkehrspolitischen Sprecher/-innen aller im Bundestag vertretenen Fraktionen gewürdigt und als „einmalige Initiative“ bezeichnet. Hervorgehoben wurden das „große bürgerschaftliche Engagement“ und die privaten Spenden, mit denen dieses Projekt verwirklicht wird. Dieses Schreiben vom 15. Januar war an Sie, Herr Mehdorn, gerichtet, weil die DB Netz AG als Tochter der Holding der Deutschen Bahn AG es ablehnt, der Initiative die Gebühren für die Nutzung der Schienentrassen, der Stationsaufenthalte sowie der Stromanschlüsse auf den Bahnhöfen zu erlassen – insgesamt summieren sich diese Gebühren nach neusten Kalkulationen auf mehr als 100.000 Euro.

/2

Freiherr-vom-Stein Strasse 27 35516 Münzenberg
Bankverbindung. Sparkasse Wetterau (BLZ: 518 500 79) Kto.-Nr. 0020000503
www.lagergemeinschaft-auschwitz.de

Mit jedem Tag, an dem Sie sich weigern, diesem Vorschlag zu folgen, verhöhnern Sie die Opfer des Nationalsozialismus aufs Neue. Dies ist nicht nur empörend schamlos, sondern entbehrt auch jeglichen Verantwortungsgefühls. Schließlich hat die Reichsbahn mit den Deportationen aus dem großen Menschheitsverbrechen des nationalsozialistischen Staates hohe Profite gezogen. Heute muss sich die Deutsche Bahn AG den Vorwurf gefallen lassen, dass sie am Gedenken an die NS-Verbrechen und an deren Aufklärung ebenfalls verdienen möchte, wenn sie beides schon nicht verhindern kann.

Aus Presseberichte wissen wir, dass viele Mitarbeiter der Bahn die Initiatoren spontan und unbürokratisch unterstützen. Daran sollten Sie sich ein Beispiel nehmen. Uns ist es unerklärlich, mit welcher geschichtslosen Sturheit der Vorstand der DB der Initiative nicht nur Unterstützung verwehrt, sondern sie auch noch mit vielen kleinen Auflagen schikaniert. Dabei nimmt der Bahnvorstand billigend in Kauf, dass seine Haltung in dieser Frage auch international auf Unverständnis stößt.

Die verkehrspolitischen Sprecher/-innen der Bundestagsfraktionen weisen mit Recht darauf hin, dass die DB große Summen für Werbung und Imageverbesserung ausgibt. Indem sich das Bahnmanagement weigert, dem „Zug der Erinnerung“ die Trassen- und Stationsgebühren zu erlassen bzw. als Spende zurückzuerstatten, stiehlt es sich aus der Verantwortung für die eigene Geschichte und schadet seinem nationalen und internationalen Ruf.

Mit dem Argument, der Gesetzgeber habe einen Erlass von Kosten und Gebühren ausgeschlossen, versteckt sich der Bahnvorstand hinter dem Deutschen Bundestag und leugnet seine Konzernmacht, die sonst bei vielen Gelegenheiten immer sehr deutlich zutage tritt.

Wir appellieren an den Vorstand der Deutschen Bahn:

Lassen Sie die Initiative „Zug der Erinnerung“ die Gleise und Bahnhöfe kostenfrei nutzen. Jeder Tag Ihrer Weigerung gerät Ihnen zu einem Tag der Schande und der Respektlosigkeit gegenüber den Opfern.

Es muss Sie nicht wundern, wenn Sie inzwischen mit Helfershelfern der Nazis verglichen werden.

Hochachtungsvoll

Uwe Hartwig
Vorsitzender

Diethardt Stamm
Stellvertretender Vorsitzender